

# Abgeschoben in Afghanistan

Interview mit Friederike Stahlmann

Rückkehrrisiken

*Am 10. Februar 2019 führte das Magazin Der Schlepper ein Interview mit der Afghanistanexpertin, Gutachterin und Doktorandin des Max-Planck-Instituts in Halle, Friederike Stahlmann, über ihre Forschungsergebnisse zur Situation von Menschen, die aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben wurden.*

**Frau Stahlmann, Sie beobachten und analysieren die Lage in Afghanistan nun seit vielen Jahren. Trotz der derzeit laufenden Friedensverhandlungen geht der Krieg ja weiter. Gibt es denn Gebiete, die von offenen Kämpfen verschont sind?**

Aktuell eskalieren die Kämpfe auch aufgrund der Verhandlungen, denn alle Parteien wollen ihre Stärke dokumentieren. Die Bevölkerung ist nicht erst neuerdings landesweit von den Kämpfen betroffen. Vorhersehbar waren diese schon seit vielen Jahren in ökonomisch und strategisch bedeutsamen Gebieten, also zum Beispiel rund um Städte oder entlang von Straßen. Die Taliban sind in jeder Provinz militärisch vertreten, das erlaubt ihnen strategisch große Flexibilität. Praktisch ist unvorhersehbar, wo die nächsten Kämpfe ausbrechen. Sicher ist nur, dass sie unvermeidbar sind. Sie schaffen es ja selbst innerhalb Kabuls Raketen abzuschießen.

Keine der Parteien nimmt während der Kämpfe ausreichend Rücksicht auf Zivilisten, was UNAMA seit Langem dokumentiert. Noch ein Problem ist die allgemeine Militarisierung. Alle Kriegsparteien haben in den letzten 15 Jahre in den Aufbau lokaler Milizen investiert, das heißt es werden auch eine Vielzahl lokaler Konflikte militärisch ausgetragen und der Machtmissbrauch dieser Milizen gegenüber der Bevölkerung ist immens.

**Welche Rolle spielen Anschläge im Alltag?**

Anschläge sind Teil der asymmetrischen Kriegsführung, nicht nur der Taliban, sondern auch des IS. Zu der gehört auch die Kontrolle und Bedrohung Reisender. Immerhin verzichten 16 Prozent der Familien aus Sicherheitsgründen auf

Besuch von medizinischen Einrichtungen. Zu der asymmetrischen Kriegsführung gehören aber auch Machtdemonstrationen durch Anschläge auf vermeintlich gut geschützte Ziele. Die Logik dahinter ist, der Bevölkerung zu beweisen, dass es keinen Schutz geben kann. Wenn selbst amerikanische Soldaten sich nicht schützen können, dann kann das niemand.

Eine große strategische Bedeutung spielen aber auch Anschläge auf sogenannte weiche Ziele: Gezielte Hinrichtungen von vermeintlichen Gegnern, Anschläge auf staatliche Einrichtungen, die Zivilisten im Alltag brauchen wie Gerichte, Passämter, Wahllokale aber auch Krankenhäuser, Ärzte, Patienten und Ersthelfer, Schulen, Moscheen, Märkte, Bushaltestellen, Sportveranstaltungen und -einrichtungen, humanitäre Organisationen, religiöse und traditionelle Autoritäten, Medienanstalten und Anwälte. Selbst eine Hebammschule wurde schon angegriffen. Dem kann man nicht entkommen und das betrifft besonders Gebiete, die nicht offiziell von den Taliban kontrolliert sind.

**Weshalb meinen Sie, dass diese offensichtlichen Kriegsgefahren nicht dazu führen, dass Afghan\*innen subsidiären Schutz in Deutschland erhalten? Wird die Gefahr nicht ernst genommen?**

Das weiß ich nicht. Mein Eindruck ist, dass quantitative Beweise eine besondere Rolle spielen. Das Problem dabei ist, dass es praktisch nicht möglich ist, absolute Zahlen zu Opfern zu erheben. Bei zivilen Kriegsopfern ist das besonders eklatant. Keine Kriegspartei will, dass ihr vorgeworfen wird, dass sie Zivilisten getötet hätte. Auch Zeugen bringen sich in Gefahr, wenn sie Opfer melden und in vielen Gebieten gibt es schlicht keine „neutralen“ Beobachter. Selbst bei

Anschlägen in Kabul können oft nicht alle Opfer erfasst werden. Gerade bei Männern lässt sich auch kaum der Nachweis führen, dass Opfer tatsächlich Zivilisten waren.

Die Zahlen, die es gibt, kann man höchstens für Vergleiche nutzen. So gab es nach einer Zählung in Afghanistan letztes Jahr fast so viele Kriegstote wie in Jemen und Syrien zusammen. Und es werden immer mehr dokumentierte zivile Tote und Verletzte. Dazu kommen die kriegsbedingt Traumatisierten, die niemand mehr zählen kann. Es ist auch bekannt, dass mehr Minen verlegt als geräumt und mehr Krankenhäuser zerstört als aufgebaut werden. Auch die Zahlen der Binnenvertriebenen nehmen immer weiter zu. Man weiß, dass es eine hohe Dunkelziffer Vertriebener gibt. Dazu kommen noch die Opfer von Menschenrechtsverbrechen der jeweils lokal herrschenden Machthaber und Milizen und die Opfer der kriegsbedingten humanitären Not.

Wer sollte die vielen Toten obduzieren und mit den Familien biographische Interviews führen, um den quantitativen Nachweis zu führen, dass sie nicht vielleicht doch eines natürlichen Todes gestorben sind? Wenn es die hierfür nötigen Ärzte gäbe, dann wäre es wohl angemessen, die Lebenden zu versorgen, statt sich um Tote zu kümmern.

### **Was wäre, wenn die Taliban jetzt an die Macht kämen oder zumindest Teil einer neuen Regierung würden?**

Dieser Krieg muss unbedingt ein Ende haben. Die Frage ist allerdings, ob ein Friedensvertrag, der vor allem den Amerikanern dazu dienen soll abziehen zu können, die Voraussetzungen dafür schafft.

Zum einen kann ich mir nicht vorstellen, dass die vielen lokalen Machthaber freiwillig bereit wären, ihre Macht und Waffen einfach abzugeben. Für viele wäre es aus Machtinteresse oder Überzeugung keine Option, sich den Taliban zu unterwerfen. Ich kann mir also nicht vorstellen, dass die Kämpfe einfach so aufhören.

Zum anderen sind die Taliban kein monolithischer Block oder die einzige gewalttätige Opposition. Ein Gutteil der Anschläge geht auf das Konto des IS. Auch da sind weitere Kämpfe zu erwarten. Auch all jene externen Akteure, die in Afghanistan bisher die Kriege gefördert haben,

um sich Einfluss in der Region zu sichern, werden damit kaum einfach aufhören. Das wäre aber die Grundvoraussetzung für eine Hoffnung auf Frieden.

### **Und nehmen wir einmal an, der Krieg würde doch enden ...**

Meine andere große Sorge ist die andauernde Gefahr der Verfolgung. Die Taliban setzen jetzt schon Verfolgung derer, die nicht freiwillig kooperieren, nicht nur als Kriegsmittel, sondern auch als Regierungsmethode ein. Verfolgung funktioniert landesweit, weil aufgrund der ausgeprägten sozialen Kontrolle auch private Akteure dazu in der Lage sind. Auch dass Verfolgung zeitlich unbefristet ist und sich auch gegen Unterstützer und Verwandte richtet, ist keine Erfindung der Taliban. Aber es ist bemerkenswert, dass diese es schon jetzt schaffen, Gebiete zu beherrschen, die offiziell gar nicht unter ihrer Kontrolle sind. Selbst in Städten wie Ghazni und Kunduz und in Teilen Kabuls treiben sie systematisch Steuern ein.

### **Was würde das für Geflüchtete bedeuten, die aus Europa nach Afghanistan zurückkehren?**

Je größer und offizieller ihre Macht ist, desto weniger sind die Taliban gezwungen Kompromisse zu machen, um die Bevölkerung von sich zu überzeugen. Desto größer ist auch die Gefahr, dass sie Regeln aufstellen, die höflich formuliert menschenrechts- und demokratiefeindlich sind. Desto größer wird aber auch das Risiko verraten und verfolgt zu werden, wenn man ihre Politik nicht mittragen kann oder will.

Diejenigen, die nach Europa geflohen sind und bei den „ungläubigen Besatzern“ Schutz gesucht haben, gelten ohnehin als Gegner im Krieg. Sie müssten schon sehr überzeugend zu den Taliban überlaufen, um dieser Verfolgungsgefahr zu entgehen. Die Frage der Rückkehr wäre daher, ob man es mit seinem Gewissen und politischen und religiösen Überzeugungen vereinbaren könnte die Taliban zu unterstützen und sich ihren Regeln zu beugen. Die meisten Geflüchteten, die ich kenne, empfinden die Frage als Beleidigung. Und ganz pragmatisch gesehen, hätten sie dann ihr Leben auch nicht auf der Flucht zu riskieren brauchen.

### **Sie führen ja eine Erhebung zu den Erfahrungen Abgeschobener durch. Zu**

### **wie vielen Betroffenen haben Sie Informationen und fragen Sie diese auch nach Gewalterfahrungen?**

Ein großes Problem ist, die Betroffenen überhaupt zu identifizieren, und ich muss das tun, um doppelte Listungen vermeiden. Deshalb kann ich z. B. anonymisierte Medienberichte oft nicht nutzen. Das zweite Problem ist dann Kontaktpersonen zu finden, die Auskunft über die Betroffenen geben können. Bisher konnte ich zu 42 von 475 Abgeschobenen sehr mühsam Kontakt herstellen. Neben einem standardisierten Fragebogen führe ich, wenn möglich, vertiefende Interviews.

Und ja, neben Fragen der humanitären Sicherung und der weiteren Migrationsgeschichte, frage ich auch nach Gewalterfahrungen. Die Ergebnisse können allerdings nur einen Ausschnitt der Bedrohung dokumentieren. Denn wenn Gefahren eintreten, das heißt meine Kontakte inhaftiert oder Opfer von Gewalt, Mord oder Verelendung werden, führt das regelmäßig dazu, dass der Kontakt abbricht, ohne dass man sicher feststellen kann warum. Ich kann kein Interview mit einem Toten machen und selbst wenn man davon erfährt, kann man Täter nicht fragen, ob sie jemanden aus kriminellen oder politischen Gründen umgebracht haben. Auch Verelendung führt zum Kontaktverlust. Wer kein Geld für Essen oder Medikamente hat, der hat auch kein Smartphone mehr, um WhatsApp-Nachrichten zu schreiben. So sind von den fünf, zu denen der Kontakt abgebrochen ist, besonders die drei beunruhigend, die vorher nur mit Unterstützung aus Europa überlebt haben. Aber auch bei Inhaftierung ist keine Dokumentation vom Verbleib der Betroffenen möglich. Beunruhigend ist hier besonders, dass die Bundesregierung die Identität von vermeintlichen Gefährdungen übermittelt und ausführlich dokumentiert ist, dass eben diese regelmäßig von extremer Folter betroffen sind.

Zu vielen Abgeschobenen bekomme ich Informationen von Kontaktpersonen in Deutschland, die oft finanzielle Unterstützung leisten und Verstecke finanzieren. Das verringert zwar bereits die Gefahr, Opfer von Gewalt und Verelendung zu werden. Man muss also davon ausgehen, dass die von denen wir nicht wissen, häufiger Opfer von Gewalt und Verelendung werden. Trotzdem bestätigen die Ergebnisse früherer Erhebungen und Dokumentationen leider, dass Abgeschobene gezielter Gewalt erleben, weil sie Rückkehrer aus Europa sind.

Unter den 23 Abgeschobenen, die nach zwei Monaten noch im Land waren und zu denen es Informationen gibt, gab es drei Vorfälle, bei denen Abgeschobene durch Anschläge verletzt wurden. Sechs wurden konkret wieder durch diejenigen bedroht, vor denen sie das erste Mal schon geflohen waren. In drei Fällen wurden Abgeschobene oder ihre Familien direkt von den Taliban bedroht, weil sie in Europa waren. Eine Familie musste Nachbarn Schutzgeld zahlen, damit diese den Taliban die Rückkehr des versteckten Sohnes nicht verrät. Einer wurde auf einer Überlandfahrt von Taliban festgenommen, zwei Tage festgehalten und misshandelt, weil sein Bart zu kurz war.

In weiten Teilen der Gesellschaft gelten Europa-Rückkehrer als Ungläubige oder Verräter. Auch Gerüchte, dass sich die Rückkehrer im Exil nicht an kulturelle oder soziale Regeln gehalten haben, können zum Problem werden. Einer der Abgeschobenen wurde von seinem Vater und den Nachbarn in seinem Heimatdorf misshandelt, weil „sie gemerkt haben, dass ich anders bin“, wie er sagte. Ein weiterer wurde von seinem Vater bedroht, weil er in Europa eine Freundin hatte. Aus anderen Dokumentationen gibt es aus diesem Grund auch schon Beispiele von Ermordeten. Außerdem gab es sieben Fälle, in denen Abgeschobene in Kabul in der Öffentlichkeit von Fremden bedroht, gejagt oder angegriffen wurden, weil sie als Rückkehrer erkannt wurden, und einer wurde physisch angegriffen, weil bekannt wurde, dass er Kontakt mit Ausländern hatte. Außerdem wurde von fünf kriminellen Übergriffen berichtet, wobei zwei mit so gravierenden Körperverletzungen einhergegangen sind, dass die Betroffenen im Krankenhaus behandelt werden mussten. Kriminalität ist zwar aufgrund der Kriegsbedingungen Not auch ein grundsätzliches Problem. Kriminalität trifft Europa-Rückkehrer besonders, weil erwartet wird, dass sie wie andere Exilafghanen zu Wohlstand gekommen sind. Zwei haben von Gewaltandrohung oder Übergriffen durch staatliche Sicherheitskräfte berichtet. Und zwei wurden von den Kreditgebern ihrer ersten Flucht physisch bedroht, weil sie die Schulden nicht begleichen konnten.

Obwohl von diesen 23 nur zwei nicht primär in Verstecken untergekommen sind, kam es somit dennoch zu 32 Vorfällen der direkten Bedrohung oder Gewalt. Ein weiterer ist schon in der ersten Woche von den Taliban aufgegrif-

fen und misshandelt worden, konnte dann aber mit Glück fliehen und hat sofort das Land wieder verlassen. Dazu kommen eine Vielzahl von Berichten Abgeschobener, die von staatlichen Akteuren als Verräter oder Spione beschimpft wurden. In drei Fällen wurde die Ausstellung der Tazkira verweigert, weil sie in Europa waren. Einem weiteren wurde mit diesem Argument medizinische Versorgung verweigert. Besonders groß sind diese Gefahren für die, die das Land nicht kennen und nie gelernt haben solche überhaupt einzuschätzen. So ist einer der Männer in eine Talibankontrolle geraten, war aber mit Taliban aufgewachsen und wusste deshalb, wie er sich zu verhalten und welche Geschichte er zu erzählen hatte. Auch die Durchsuchung seines Handys ging glimpflich aus, weil er alle verdächtigen Dateien durch eine App versteckt hatte. Andere hätten vielleicht noch nicht mal erkannt, dass es sich um Taliban handelt, geschweige denn gewusst, wie sie sich zu verhalten hätten.

***Sie erwähnen die humanitäre Not und mangelnde medizinische Versorgung. Es werden ja auch Kranke abgeschoben, aber sind nicht zumindest gesunde Männer in der Lage sich selbst zu versorgen?***

Es ist grundsätzlich schwierig Arbeit oder Obdach zu finden, wenn man nicht identifiziert werden darf. Das Misstrauen gegenüber Fremden ist durch den Krieg und die Kriminalität extrem groß. Wer keinen Bürgen hat und nachweisen kann, dass er vertrauenswürdig ist, der wird keine Chance haben einen Mietvertrag abzuschließen oder Arbeit zu finden.

Der einzige mir bekannte Fall, einer regulären Ansiedlung gelang nur durch die Unterstützung eines Freundes des verstorbenen Vaters, der für den Rückkehrer gebürgt hat. Ein weiterer ist bei einem Freund untergekommen, nachdem er nach einem erneuten Fluchtversuch aus dem Iran abgeschoben wurde und damit als Iranrückkehrer galt. Beide leben weiterhin von Unterstützung aus Europa.

***Wie überleben die Abgeschobenen dann in Afghanistan?***

Die meisten leben in bezahlten Verstecken oder versuchen durch ständig wechselnde Unterkünfte zu vermeiden, dass jemand anfängt nachzufragen und zu überprüfen, wer sie sind oder sie als

Rückkehrer aus Europa zu identifizieren. Manche geben sich zum Beispiel als Reisende aus. Das setzt aber eigene Mittel oder Hilfe von Unterstützern in Europa voraus.

Aber selbst wenn es all die besonderen Gefahren für Abgeschobene nicht gäbe, könnte man nicht davon ausgehen, dass sie sich ohne Hilfe absichern könnten. Auch vor Kriegszeiten haben sich junge Männer, die als Arbeitsmigranten an andere Orte oder auch in Nachbarländer gegangen sind, dort Verwandten und Bekannten angeschlossen, um Zugang zu Arbeit und Wohnraum zu bekommen. Selbst wenn Abgeschobene Bekannte oder Familie im Land haben, ist die allgemeine Not so groß geworden, dass Familien oft gar nicht helfen können. Schon 2016 haben nach UN-Habitat Definition 86 Prozent der Stadtbevölkerung in Slums gelebt. Und 2017 war das Armutsniveau wieder auf dem Stand nach dem Sturz der Taliban 2001. Auch schon 2017 mussten 41 Prozent der Haushalte auf existenzbedrohliche Maßnahmen zurückgreifen, um Nahrungsmittel zu kaufen. Man kann aber das ererbte Land nur einmal verkaufen und man kann die Tochter nur einmal verheiraten. Damit war absehbar, dass im Vergleich zu 2017 letztes Jahr 6 Millionen Menschen zusätzlich keinen ausreichenden Zugang zu Nahrung hatten. Zu den Millionen Binnenvertriebenen kamen allein letztes Jahr fast 800.000 registrierte de facto unfreiwillige Rückkehrer aus Iran und Pakistan, für die es keinen Plan und keine Perspektive gibt. Die Zahl derer, die akut auf humanitäre Hilfe angewiesen sein werden, hat sich von letztem zu diesem Jahr fast verdoppelt. Afghanistan hat die höchste Arbeitslosenrate weltweit festgestellt. Das Arbeitsministerium hat gerade gemeldet, dass in 2018 landesweit gerade einmal 5000 Stellen geschaffen wurden. Die wenigen Arbeitsplätze, die es gibt, gelten außerdem zu 80 Prozent als vulnerabel, sichern die Betroffenen also nicht ab.

Das macht soziale Netzwerke immer wichtiger, um in Krisen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, kriminellen Übergriffen oder Vertreibung ein Überleben zu sichern. Wer noch Verwandte oder Bekannte im Land hat, hat deshalb oft keine andere Chance als bei ihnen Hilfe zu suchen, selbst wenn dies eine lebensbedrohliche Reise in umkämpfte oder von Taliban kontrollierte Gebiete bedeutet. Ohne Unterstützung in Städten wie Kabul zu bleiben, ist die noch gefährlichere

Option. So sind acht Abgeschobene trotz externer finanzieller Unterstützung mehrfach oder dauerhaft obdachlos geworden.

Abgesehen von den vielen, die keine Familie im Land haben, gibt es auch manche, die sie nach Jahren des Kriegs und Chaos nicht mehr finden. In Afghanistan ist das zwar leichter als von Deutschland aus. Aber wie jeder Krieg sorgt auch dieser für viele Verschollene und solange die Kämpfe andauern und die Betroffenen Angst haben müssen, sich zu outen, erschwert das die Suche immens. Von den 17 von mir dokumentierten Fällen, in denen Verwandte im Land waren, konnten drei diese nicht finden. Sechs weitere waren durch ihre Verwandten bedroht. Die Not macht es aber auch immer unwahrscheinlicher, dass die sozialen Netzwerke helfen können oder wollen.

So sind die Verwandten von neun Abgeschobenen nicht in der Lage, sie zu unterstützen. Und selbst wenn Netzwerke noch Notfallreserven haben, sind traditionell erwachsene Männer die letzten, die einen Anspruch darauf haben – Alte, Kranke, Kinder und Frauen haben da Vorrang. Bei den Familien Abgeschobener kommt dazu, dass sie oft die Existenzgrundlage versetzt haben, um die Flucht finanzieren zu können. Selbst wenn Abgeschobene kurzfristig bei Verwandten unterkommen können, müssen sie so in der Regel für ihre Ausgaben selbst aufkommen.

Bei denen, die Kontakt zu Verwandten haben, ist ein aber ein großes Problem, dass die Familien in der Regel nicht bereit sind, sie überhaupt aufzunehmen und wenn dann nur kurzfristig. Zumindest hatte das Angebot dauerhaft zu bleiben keiner der Abgeschobenen, zu denen ich Informationen habe.

### **Warum verweigern manche Familien die Unterstützung?**

Das hat zum einen praktische Gründe wie Platzmangel. Aber auch weil all die Gefahren, denen die Abgeschobenen ausgesetzt sind, auch für ihre Angehörigen oder Unterstützer gelten. Das gilt für Verfolgung aber auch für Kriminalität. Der Gedanke die kleine Schwester zu entführen, um Lösegeld zu erpressen, ist naheliegend. Einer der jungen Männer war zum Beispiel KFZ-Mechaniker und hatte in Kabul Verwandte, die eine Werkstatt hatten. Er hat da auch ein paar Wochen gearbeitet, aber dann ist denen das Risiko

zu groß geworden, dass er da öffentlich auftritt und vielleicht als Rückkehrer erkannt wird und sie haben ihm verboten weiterhin da zu arbeiten. Er sollte sich verstecken und dann das Land verlassen.

Ein weiteres Problem ist, dass viele Angehörige glauben, die Abgeschobenen seien kriminell geworden und hätten damit ihre Abschiebung selber verschuldet. Dass die Bundesregierung immer wieder betont, Straftäter und Gefährder abzuschieben, wurde auch in der afghanischen Presse zitiert. Der Verdacht besteht also, dass Rückkehrer fahrlässig ihre Chance aufs Spiel gesetzt haben, die Familie humanitär abzusichern.

### **Was für Perspektiven haben denn Abgeschobene?**

Relativ privilegiert sind diejenigen, die die Chance haben, per Visum wieder nach Europa zurückzukehren und von Unterstützern oder Verwandten im Ausland bis dahin Hilfe bekommen. Wie realistisch diese Hoffnung ist, kann ich im Einzelnen nicht beurteilen. Aber es sind einige Väter und Verlobte unter den Abgeschobenen und bei manchen laufen noch Verfahren oder die Rechtmäßigkeit der Abschiebung wird noch überprüft. Immerhin sind drei Abgeschobene schon wieder offiziell nach Deutschland zurückgekehrt.

Andere versuchen erneut zu fliehen, sind dabei aber dem Risiko von erneuten Abschiebungen und den Lebensgefahren auf der Flucht ausgesetzt. Und auch Flucht setzt finanzielle Mittel voraus. Bisher sind von den mir bekannten erneut Geflohenen elf in Iran, Türkei oder Pakistan und sieben wieder in Europa. Vier hoffen auf eine Chance zur Flucht.

Ohne reiche und wohlwollende Unterstützer im Land und Hilfe von außen bleiben nur die üblichen Notfallstrategien: Existenz durch Kriminalität und Kampf. Ich weiß von einem, bei dem Freunde in Deutschland davon ausgehen, dass er sich vor allem durch Kleinkriminalität über Wasser hält. Aber statistisch erheben lassen sich diese beiden Optionen nicht, schon weil es in den Fällen in der Regel keinen Kontakt zu den Betroffenen gibt. Falls doch, kann man nicht damit rechnen, dass sie das erzählen. Ich hoffe jedoch zumindest, dass der eine Suizid, von dem wir wissen, tatsächlich der einzige ist. Aber wenn sich nicht jemand sofort nach Ankunft das Leben nimmt, ist auch das kaum nachweisbar.

### **Denken Sie, dass die Abschiebungen eine abschreckende Wirkung haben?**

Nein, weder für die Betroffenen noch in der afghanischen Öffentlichkeit. Zum einen ist Europa für viele die letzte Hoffnung auf Sicherheit. Diese aufzugeben sind viele nicht bereit. Es wird auch meist nicht geglaubt, dass Rechtsprechung in Deutschland so unterschiedlich ist und dass die Kriegsgefahren nicht grundsätzlich als Schutzgrund anerkannt werden. Und nicht zuletzt sind die vielen Abgeschobenen, die erneut fliehen oder fliehen wollen ja der Beweis, dass dies sicherer ist. Das Problem der Mehrheit ist, dass sie sich die Flucht nicht leisten können oder dass sie ihren Angehörigen den letzten Schutz nehmen würden, wenn sie sie alleine zurücklassen.



Weitere Informationen zur Lage in Afghanistan und zur Frage der Abschiebung von ausreisepflichtigen Afghan\*innen auf der Homepage des FRSH unter: <https://bit.ly/2v1Wco5>.